

Umweltschutz für zuhause

Die Stadt Baden will mit einem Projekt Familienhaushalte zur Nachhaltigkeit animieren.

David Rutschmann

Die Stadt Baden hat sich ein ehrgeiziges Klimaziel gesetzt. Den CO₂-Ausstoss will die Stadt bis ins Jahr 2050 auf null reduzieren. Dass dieses Bestreben nicht allein mit politischen Massnahmen erreicht werden kann, weiss die Stadtverwaltung. Die Bevölkerung soll dazu animiert werden, ihr Konsumverhalten den Klimazielen der Stadt anzupassen, ihren eigenen «ökologischen Fussabdruck» zu reduzieren. Um das zu erreichen, lanciert die Stadt nun gemeinsam mit dem Zürcher Planungsunternehmen Intep (Integrale Planung) ein Projekt, das Badener Familien auf ihrem Weg zum ressourcensparenden Haushalt begleiten und anleiten soll.

Gesucht werden rund acht Familien mit mindestens einem Kind ab zehn Jahren, die gerne an dem Pilotprojekt teilnehmen möchten, um ihren Alltag nachhaltiger zu gestalten. «Kinder bekommen in ihren Familien in diesem Alter ein Wertesystem mit auf den Weg, das ihr Verhalten prägt. Durch die Arbeit mit Familien greift unser Projekt hoffentlich nicht nur auf die Erwachsenen, sondern auch auf die Kinder über», erklärt die Intep-Projektleiterin Heidi Mittelbach. Deshalb habe man sich auf ein Familienprojekt anstatt auf Singles und WGs konzentriert.



Kinder lernen, wie sie im Alltag Energie sparen können. Bild: Getty

«Ausserdem nehmen Kinder auch am Haushalt teil. Sie können teilweise über Essen und andere Konsumgüter mitbestimmen und kleine Aufgaben erledigen. Für unser Projekt sind das alles wichtige Themenfelder.»

Die teilnehmenden Familien werden am Anfang des Projekts Einblicke in ihren Alltag gewährt, um zu zeigen, wie viele Ressourcen sie in den Lebensbereichen Wohnen, Ernährung und Mobilität verbrauchen. Gemeinsam mit den Familien sollen bei einem Workshop im Frühjahr

individuelle Massnahmen entwickelt werden, wie der ökologische Fussabdruck verringert werden kann. «Es wird sicher spannend, Familien mit sowohl viel als auch wenig Vorwissen zu beraten. Durch die enge Zusammenarbeit mit der Stadt Baden haben wir Kontakt zu den Quartiervereinen und den städtischen Fachstellen. So stehen wir nun schon mit Familien mit verschiedenen Hintergründen im Austausch», sagt Mittelbach.

Man wolle auch aufzeigen, dass gerade im Bereich klimaschonender Ernährung Einspa-

rungen sogar den Geldbeutel entlasten können. Kinder sollen dabei insbesondere Teil des Projekts sein und ihre eigenen Ideen mit einbringen. «Sie sind meist schon durch die Schule sensibilisiert für Umweltthemen. Sie bekommen durch das Projekt die Möglichkeit, ihr Wissen spielerisch zu erweitern, und erfahren, wie es in das Familienleben eingebunden werden kann.»

Haushaltshilfe soll «Lust auf weniger» machen

Verzicht aufs Auto, Abfalltrennung, Energiesparen. In den drei Projektmonaten während des Sommers werden die Familien versuchen, das, was sie in den Workshops gelernt haben, in ihren Alltag zu integrieren. Stets wolle man dabei mit den Familien in Kontakt bleiben und ihnen unter die Arme greifen, so die Projektleiterin. Im Herbst wird bei einem zweiten Workshop evaluiert, wie es den Familien mit der Umsetzung eines ressourcenschonenden Haushalts erging und wie sie diesen Lebensstil beibehalten können. «Wir wollen schliesslich eine nachhaltige Verhaltensänderung bei den Familien anstossen können, die «Lust auf weniger» machen soll», so Heidi Mittelbach. Interessierte Familien können sich noch bis Ende Februar anmelden.

Leserbrief

Budget, nur eine Antwort: Nein

«Reaktion auf den Leserbrief des Einwohnerrates Lutz Fischer-Lamprecht»

Als Reaktion auf die Publikation der Bevölkerungsinformation der IG attraktives Wettinigen wird hier die Meinungsfreiheit und das Recht auf die eigene Meinung angegriffen. Ich glaube nicht, dass Herr Fricker dem Lesebriefschreiber in irgendeiner Weise Rechenschaft schuldig ist, wenn er seine Beurteilung revidiert hat.

Tatsache ist, dass in den letzten 10 Jahren die Steuern um 16 Prozent erhöht wurden. (13 Prozent plus 3 Prozent versteckt via die Budgetabstimmung 2018). Was wir in dieser Gemeinde brauchen, ist nicht eine voraussichtlich stetige Erhöhung der Steuern, um zum Teil überrissene Projekte zu finanzieren, sondern eine griffige Schuldenbremse, welche die Schuldenwirtschaft für nicht tragbare Grossinvestitionen verhindert.

Es ist nicht die Frage wofür wir Geld ausgeben wollen, welches nicht vorhanden ist, sondern wie die vorhandenen Mittel einzusetzen sind. Es gibt den entscheidenden Unterschied zwischen «need to have» und «nice to have». Es ist nicht einzusehen, warum eine Ver-

waltung mit unseren Steuergeldern anders, um nicht zu sagen «grosszügiger» umgehen darf als jeder von uns in seinem privaten Umfeld. Keiner kann mehr ausgeben, als verdient wird, ohne in einem absehbaren Zeitraum gravierende Probleme zu haben.

Aus diesem Grund ist am 9. Februar nur eine Antwort bei der Budgetabstimmung möglich. Nein.

Dass in der Folge die Kantonsverwaltung eine Entscheidung treffen muss, welche mit aller Wahrscheinlichkeit der Vorlage entsprechen wird, ist zu erwarten. Der Riegel muss jetzt für die Zukunft geschoben werden, damit weitere Gelüste der «entsprechenden Politfraktionen» verhindert werden können.

Die Gedankenspielerien, welche von der Gemeindeverwaltung in Erwägung gezogen werden, dass das Gemeindebudget nicht mehr der Bevölkerung vorzulegen ist, beurteile ich als nicht angebrachten Versuch, unliebsamen Fragen und Standpunkten aus dem Weg zu gehen. Kurz zusammengefasst: Verhindern wir am 9. Februar ein vorauszusehendes weiteres Abgleiten auf dem falschen Weg. Stimmen wir mit einem klaren Nein gegen das Budget 2020.

Ulrich Krebs, Wettingen